

Städtetag Baden-Württemberg • Postfach 10 43 61 • 70038 Stuttgart

An die Oberbürgermeister / -innen und  
Bürgermeister /-innen  
unserer  
Mitgliedstädte

**Dezernent**

Bearbeiter  
Gerhard Mauch

E gerhard.mauch@staedtetag-bw.de  
T 0711 22921-22  
F 0711 22921-42

Az 103.56 - R 27083/2016 • M/cs

06.04.2016

**Bundesliegenschaften für die Flüchtlingsunterbringung  
Liegenschaften der Deutschen Bahn AG  
Freistellungsverfahren nach § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum o. g. Thema erhalten Sie zu Ihrer Kenntnisnahme Kopien der folgenden Schreiben:

- unser Schreiben vom 15.2.2016 an Herrn Staatssekretär Murawski vom Staatsministerium Baden-Württemberg
- das Antwortschreiben von Herrn Staatssekretär Murawski vom 30.3.2016 sowie
- das Schreiben von Herrn Staatssekretär Murawski an Herrn Ronald Pofalla, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bahn AG, vom 30.3.2016 und
- unser Schreiben an Herrn Staatssekretär Murawski vom 5.4.2016.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gerhard Mauch

**Anlagen**



STÄDTETAG  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Städtetag Baden-Württemberg • Postfach 10 43 61 • 70038 Stuttgart

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Herrn Staatssekretär  
Klaus-Peter Murawski  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

**Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied**

Bearbeiter  
Gerhard Mauch

E gerhard.mauch@staedtetag-bw.de  
T 0711 22921-22  
F 0711 22921-42

Az 103.56 • M/cs

05.04.2016


**Freigabe von Liegenschaften der Deutschen Bahn AG**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, *lieber Herr Murawski*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30. März 2016 und Ihre Unterstützung gegenüber der Deutschen Bahn AG. Verzögerte Freistellungsverfahren nach § 23 AEG behindern schon seit Jahrzehnten viele Kommunen bei der Stadtentwicklungsplanung, nicht nur im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung.

Aus diesem Grunde ist es umso wichtiger, dass auch die neue Landesregierung uns bei diesem wichtigen Thema unterstützt.

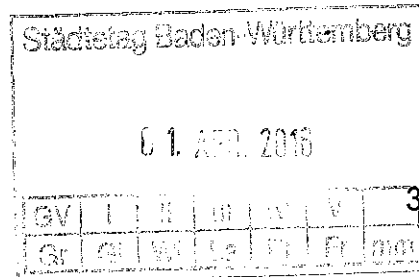
Mit freundlichen Grüßen

  
Gudrun Heute-Bluhm  
Oberbürgermeisterin a. D.

STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Klaus-Peter Murawski  
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei

Städtetag Baden-Württemberg  
Frau Oberbürgermeisterin a. D.  
Gudrun Heute-Bluhm  
Postfach 10 43 61  
70038 Stuttgart



30. März 2016

Sehr geehrte Frau Heute-Bluhm,

für Ihr Schreiben vom 15. Februar 2016, in dem Sie Probleme bei der Nutzung von Liegenschaften der Deutschen Bahn AG zum Zwecke der Flüchtlingsunterbringung ansprechen, danke ich Ihnen.

Dem anliegenden Schreiben können Sie entnehmen, dass ich mich bei der Deutschen Bahn AG für eine Berücksichtigung der Situation der Kommunen bei der Frage von Freistellungen nicht mehr zu Verkehrszwecken benötigter Liegenschaften wunschgemäß eingesetzt habe. Ich hoffe, dass auf diesem Wege eine deutliche Beschleunigung der Verfahren zu Gunsten der Kommunen zu erreichen sein wird.

Eine vorrangige Berücksichtigung der Kommunen – wie bei Liegenschaften des Verteidigungswesens oder der Zollverwaltung – ist zwar wünschenswert, wird aber bei der Deutschen Bahn AG als privatwirtschaftlichem Unternehmen durch den Bund möglicherweise nicht gleichermaßen durchsetzbar sein. Ich werde das Thema aber zusätzlich beim Bund-Länder-Koordinierungsstab Asyl ansprechen, um hier eine Einflussnahme des Bundes zu erreichen.

Zugleich werde ich beim Bund darauf drängen, dass solche Freistellungsverfahren beim Eisenbahn-Bundesamt priorisiert bearbeitet werden.

Über die Ergebnisse der Diskussion werde ich Sie zu gegebener Zeit gern unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style. The signature reads "Klaus-Peter Murawski".

Klaus-Peter Murawski

## STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Klaus-Peter Murawski  
Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei

Herrn  
Ronald Pofalla  
Mitglied des Vorstands  
Deutsche Bahn AG  
Potsdamer Platz 2  
10785 Berlin

30. März 2016

Sehr geehrter Herr Pofalla,



als eines der Gründungsmitglieder des Netzwerks „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ und durch den Schülerwettbewerb der Deutsche Bahn Stiftung „Integration durch kulturelle Bildung“ hat Ihr Unternehmen gezeigt, dass es für die Integration von Flüchtlingen Verantwortung übernimmt und damit als gutes Beispiel voran geht.

Ich wende mich heute mit einem weiteren Integrationsanliegen an Sie, nämlich der Unterbringung von Flüchtlingen. Die Kommunen in der gesamten Bundesrepublik leisten zur Zeit Bewundernswertes bei der Bewältigung der großen Zahl an Flüchtlingen, die jeden Tag bei uns ankommen und für die eine angemessene Unterkunft gefunden werden muss. Allerdings stellt die Suche nach geeigneten Liegenschaften für den Wohnungsbau eine große Schwierigkeit dar. Der Städtetag Baden-Württemberg ist daher mit der Bitte an uns herangetreten, dafür zu werben, dass in größerem Umfang als bislang Liegenschaften der Deutschen Bahn AG, die nicht mehr für Verkehrszwecke benötigt werden, für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden können. Dafür wird regelmäßig eine Freistellung nach § 23 AEG erforderlich sein. Die Prüfung, ob entsprechende Anträge gestellt werden sollen, dauert bei den Eisenbahninfrastrukturunternehmen nach Auskunft der Kommunen bisweilen

sehr lang. Es wäre sehr hilfreich, wenn Sie innerhalb Ihrer Unternehmensgruppe auf eine schnelle und wohlwollende Prüfung sowie vorrangige Behandlung der Anliegen der Kommunen hinwirken könnten. Es ist selbstverständlich unabdingbar, dass eine entsprechende Entbehrlichkeitsprüfung sorgfältig durchgeführt wird. Angesichts der Dringlichkeit der Schaffung von Wohnraum, die durch die große Zahl an Schutzsuchenden noch verstärkt wurde, hofft die Landesregierung jedoch auf eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Gesellschaftsteile.

Es scheint, dass zudem unterschiedliche Zuständigkeiten innerhalb Ihrer Unternehmensgruppe ein Erschwernis für die Kommunen darstellen. Gibt es einen zentralen Ansprechpartner, den wir den Kommunen nennen können? Das würde das Verfahren sicherlich beschleunigen und so zum Gelingen der Flüchtlingsaufnahme beitragen.

In der Hoffnung auf Unterstützung dieses dringenden Anliegens verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Klaus-Peter Murawski'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Klaus-Peter Murawski

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Herrn Staatssekretär  
Klaus-Peter Murawski  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

## **Geschäftsführendes Vorstandsmitglied**

Bearbeiter  
Gerhard Mauch

E gerhard.mauch@staedtetag-bw.de  
T 0711 22921-22  
F 0711 22921-42

Az 103.56 • M/cs

15.02.2016

### **Bundesliegenschaften für Flüchtlingsunterbringung - Liegenschaften der Deutschen Bahn AG**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,

bei unseren Gesprächen in der Lenkungsgruppe sind die Probleme der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ein zentrales Thema.

Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung der notwendigen Wohnungen, sondern auch um Grundstücke bzw. den Zugang zu nicht mehr benötigten Liegenschaften, auf die das Land oder der Bund Einfluss nehmen können.

Während bei den Liegenschaften des Bundes für den Bereich der Verteidigung bzw. des Zolls seit einiger Zeit Verbesserungen festzustellen sind, ist dies bei nicht mehr benötigten Liegenschaften der Deutschen Bahn AG im Hinblick auf die Entbehrlichkeitsprüfung schon seit Jahrzehnten, das heißt nicht nur im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung, für die Kommunen ein nicht nachvollziehbares bürokratisches Ärgernis. Notwendige Entwidmungsverfahren des Eisenbahnbundesamtes ziehen sich über viele Jahre hinweg. Dies behindert nicht nur die Stadtentwicklungsplanung bei Brachflächen, sondern jetzt - speziell im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen - alle Kommunen in Baden-Württemberg.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf das beigefügte Schreiben von Herrn OB Wolfgang Dietz aus Weil am Rhein, der ebenfalls diese Problematik darstellt.

Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, dankbar, wenn Sie im Rahmen Ihrer Gespräche auf Bundesebene diese Angelegenheit thematisieren könnten. Auch sollten wir in der Lenkungsgruppe darüber zeitnah sprechen.

Ich erlaube mir daher eine Mehrfertigung dieses Schreibens an Herrn Ministerialdirektor Wolf-Dietrich Hammann vom Integrationsministerium zu schicken.

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Heute-Bluhm  
Oberbürgermeisterin a. D.

**Anlage**